

i Fijáte !

Nachrichten • Informationen • Berichte zu Guatemala

No. 415 30. Juli 2008

14. Jahrgang

Die Herausforderungen an den neuen Innenminister

Der Tod des Innenministers Vinicio Gómez und seines Vizeministers Edgar Hernández bei einem Hubschrauberabsturz Ende Juni in Purulhá, Baja Verapaz, sowie des Piloten und Copiloten (¡Fijáte! 413) führten in den folgenden Tagen nicht nur zu ausserordentlich vielen Kondolenzbezeugungen und der unverhohlenen Anerkennung des Engagements des Ministers, sondern auch zu der Notwendigkeit der Neubesetzung der Posten. Diesbezüglich äusserten zahlreiche SicherheitsexpertInnen und -analystInnen ihre Anforderungen an das Profil der KandidatInnen, doch wurden auch Stimmen laut hinsichtlich der Gefahr, dass bestimmte Gruppen ihren Einfluss auf die Wahl der neuen Führungsriege im Innenressort ausüben würden, die sich von Anfang an gegen die Ernennung von Vinicio Gómez ausgesprochen hatten.

Im Folgenden veröffentlichen wir eine Analyse der *Myrna Mack-Stiftung* von der Situation, die sich dem Innenministerium aktuell stellt, sowie einen Zusammenschritt zweier Artikel aus der Nr. 1760 von *Inforpress centroamericana*, die sich mit den neu gewählten Ressortleitern und ihren ersten Amtsaktionen beschäftigen.

Francisco Jiménez trat vor einigen Tagen sein neues Amt als Innenminister in einem alles anderen als beneidenswerten Kontext an. Neben der kein Ende nehmenden Gewalt sind neue Formen von Kriminalität aufgekommen oder alte reaktiviert worden. Zu den himmelschreiendsten Phänomenen gehört der Terror, den die Jugendbanden verbreiten, die Tötung von Busfahrern, die einen markanten sozialen und politischen Impact hatten, die Ermordung von Frauen, die Drohungen gegen Justizbeamte, die meist einen völligen Stillstand der Strafverfahren zur Folge haben, die Entführungen und Erpressungen, die Lynchjustiz, die aussergerichtlichen Ermordungen sowie die Morde "à la carte" - eine Einkommensquelle für Vollzeit- oder Teilzeitmörder.

Logischerweise trägt diese Situation zu einer extremen Angst in der Bevölkerung bei und zieht Einschränkungen von Rechten und Freiheiten nach sich. Zum Teil werden diese Einschränkungen von der Regierung angeordnet, wie kürzlich der Notstand in San Juan Sacatepéquez, zum Teil sind sie das Resultat von Aktivitäten von Kräften, die ausserhalb des Einflusses der Regierung agieren.

Die Kriminalität ist derart angewachsen, dass die Bevölkerung eigene Mittel entwickelt hat, sich dagegen zu wehren. Ein Beispiel dafür sind die strengen Sicherheitsmassnahmen, die gewisse soziale Schichten ergriffen haben und die von der Blockade von Zufahrtsstrassen in Wohnquartiere bis zur gefängnisähnlichen Einzäunung ihrer Wohnhäuser geht. Wer es sich leisten kann, stellt einen privaten und teuren Sicherheitservice an oder trägt gleich selber eine Waffe zur Selbstverteidigung, was wiederum zu einer Zunahme von Kleinwaffen in Privathänden, illegalem Waffenhandel und Schwarzmarkt führt.

Im schlimmsten Fall und vor allem auf dem Land, greift man zur Selbstjustiz oder organisiert Gruppen, die sich der sozialen Säuberung verschreiben. Teilweise werden "neue Formen" von Gerichts- und Strafverfahren eingeführt, die an die Ausgangssperren aus den Zeiten erinnern, als es noch

keine verfassungsmässigen Garantien gab.

Es weht ein rauer Wind, der die Bevölkerung und die staatlichen Institutionen noch mehr unter die Fuchtel und den Einfluss einer kriminellen Ordnung bringen könnte. Zusätzlich zu der "hausgemachten" Kriminalität kommen die irregulären bewaffneten Gruppierungen aus Mexiko, die nach Guatemala eindringen. Ihre Aufgabe ist der Schutz der mexikanischen Drogenbosse und ihrer guatemalteki-schen Verbündeten und bedeutet die schonungslose Eliminierung jeder Person, Gruppe oder Sache, welche die Interessen ihrer Bosse bedrohen.

Der beschriebene Kontext und die kriminellen Phänomene sind aber nichts Neues und nicht von heute auf morgen entstanden. Obwohl Jiménez die Herausforderung vor sich hat, diesem komplexen Szenario von Gewalt und Kriminalität unter kritischen und prekären Bedingungen zu begegnen, muss doch erwähnt werden, dass seine Ausgangslage besser ist als diejenige seines Vorgängers, Vinicio Gómez Ruiz.

Als Gómez im Januar 2008 sein Amt antrat, konnte er weder mit Unterstützung innerhalb noch ausserhalb der Regierung rechnen. Er konnte nicht einmal eigenmächtig seine Equipe zusammenstellen und musste zeitweise gegen den Strom schwimmen. Dies veränderte sich aber nach und nach, und zum Zeitpunkt seines Todes hatte er zunehmend das Vertrauen und die Anerkennung seiner GegnerInnen gewonnen.

Der tragische und unerwartete Tod von Minister Gómez Ruiz hat politische Folgen, die sich ausführlich zu analysieren lohnt. Dazu gehört:

- Gleichzeitig mit der Nachricht seines Todes wurde die Unterstützung verschiedener sozialer Organisationen,

Gewerkschaften und Unternehmerverbände bekannt für die geplante technische und strukturelle Reorganisation im Innenministerium. Es handelt sich dabei um wichtige Prozesse, die in der täglichen Dynamik von den wenigsten BürgerInnen wahrgenommen wurden.

- Es gab innerhalb der Regierung anfänglich eine beschränkte Sicht auf die institutionelle Politik und die von Vinicio Gómez angetriebenen Prozesse. Es scheint, als hätten der Präsident und seine Kollaborateure die Wichtigkeit von Minister Gómez' Arbeit erst aufgrund der verschwenderisch publizierten Todesanzeigen und Nachrufe nach Gómez' Tod entdeckt, die von UnternehmerInnen, AkademikerInnen, Menschenrechtsorganisationen etc. veröffentlicht wurden. Dieser breite Fächer von sozialen Gruppierungen drückte nicht nur sein Beileid aus, sondern bezeichnete den Tod des Ministers als ein tragisches politisches Ereignis und rühmte seine Erfolge.

- Auch die Nachrichtensendungen waren grosszügig und stellten Sendezeit zur Verfügung, damit verschiedene politische Akteure die Arbeit von Gómez lobten. Dies diente nicht nur dazu, die Verdienste des Ministers öffentlich zu machen, sondern öffnete auch die Möglichkeit, über die nötigen Kompetenzen zu diskutieren, die einE NachfolgerIn mitbringen sollte.

- Die anerkennenden Nachrufe reichten fast zurück in die Amtsdauer von Adela Camacho de Torrebiarte, Innenministerin während der letzten 9 Monate der vorherigen Regierung. Es wurde klar, dass die Mehrheit der technischen und politischen Prozesse noch unter Torrebiarte eingeleitet wurde und von Gómez, ihrem ehemaligen Stellvertreter, mit Geschick und Erfolg, weiterverfolgt wurden. Er handelte dabei professionell, logisch, rational, verantwortungsbewusst und seriös.

- Es scheint, dass die aktuelle Regierung nicht begeistert davon ist, dass die Anerkennungen auch Adela de Torrebiarte mit einschliessen. Dies ist dort augenfällig, wo die regierungsseitigen Nachrufe den Beginn dieser Prozesse auf den Antritt des Ministeramts durch Gómez datieren. Dies ist eine kleinliche Mentalität, die aber traditionell ist für die parteipolitische Praxis. Doch auch wenn die aktuelle Regierung knausrig ist in der Anerkennung von Erfolgen der Vorgängerregierung, ist es für das Land in diesem Fall wichtig, dass der begonnene

Prozess weitergeht - auch unter Gómez Nachfolger.

- Dies war auch eine deutliche Forderung der sozialen und politischen Akteure. Sie forderten die Ernennung einer zivilen Person, die ähnliche Überzeugungen und Ansichten wie der verstorbene Minister mitbringen sollte. Adela de Torrebiarte wurde als die perfekte Nachfolgerin gehandelt, die den von ihr vor 15 Monaten initiierten Prozess wieder aufnehmen könnte.

Adela de Torrebiarte wurde nicht ernannt, obwohl sich die öffentliche Meinung sehr für sie aussprach. Wichtig ist jedoch folgendes: Sowohl Torrebiarte wie Gómez generierten Prozesse und interne Richtlinien im Innenministerium, die eine Art Wendepunkt darstellen. Wichtig ist ebenfalls, dass es sich hierbei um Prozesse handelt, die eine breite soziale und politische Unterstützung geniessen.

Mit dem Tod von Gómez wurden diese Prozesse öffentlich und haben, mit Unterstützung des Präsidenten, den Charakter von Staatspolitik erhalten. Hier einige Beispiele:

- Transformation, Restrukturierung und Modernisierung des Innenministeriums. Nennenswert ist der Aufbau von Strukturen, die es erlauben, eine Strategie in Sachen Sicherheitspolitik zu entwickeln und durchzuziehen.

- Gründliche Säuberung der verschiedenen Sektoren, so z.B. innerhalb der Polizei. Ähnliche Säuberungsprozesse wurden auch innerhalb des Innenministeriums selber, bei der Migrationsbehörde und im Gefängniswesen durchgeführt.

- Transformation und Stärkung derjenigen Strukturen, die für die Ausbildung und Professionalisierung des Personals zuständig sind.

- Transformation und Stärkung im Bereich der kriminalpolizeilichen Untersuchung. Dies soll die Grundlage für die Arbeit der Staatsanwaltschaft bilden, nicht zuletzt im Kampf gegen die Straflosigkeit.

- Konsolidierung des zivilen Geheimdienstes, ebenfalls ein wichtiges Instrument im Kampf gegen gemeine Kriminalität und organisiertes Verbrechen.

Nun wurde Francisco Jiménez zum neuen Innenminister ernannt. Er ist Politikwissenschaftler und Philosoph und arbeitete die letzten Jahre eng mit Gómez zusammen, zuletzt als Chef des zivilen Geheimdienstes. Jiménez tritt ein Erbe an, das momentan ein politisches Gewicht grossen Ausmasses hat. Eine Herausforderung und Verpflichtung, die er mit Verantwortung zu tragen hat.

Es ist zu hoffen, dass der unabhängige Berufsmann die Kapazität und das Können hat, den Job auszuführen, die Angriffe des organisierten Verbrechens abzuwehren, eine Equipe zusammenzustellen, die ihn unterstützt, und die angefangenen Prozesse *grosso modo* weiterzuführen. Er sollte auch in der Lage sein, offen genug zu sein, um seriöse Vorschläge aus der Zivilgesellschaft aufzunehmen. Auch steht er vor der Herausforderung, den Dialog mit der internationalen Gemeinschaft aufrecht zu erhalten ebenso wie mit den sozialen Organisationen, die sich auf Sicherheitsthemen spezialisiert haben.

Francisco Jiménez und seine Equipe dürfen nicht vergessen, dass ausser den erwähnten technischen Prozessen, die erst mittel- bis langfristig Effekte zeigen werden, eine aktuelle Sorge und Angst der BürgerInnen um Sicherheit auf sie warten und dass sie kurzfristig konkrete institutionelle Antworten darauf bieten müssen.

¡Fijáte!

**Herausgegeben von:
Solidarität mit Guatemala e.V.**

Bankverbindung:

Postbank Karlsruhe

BLZ: 660 100 75

Kto. -Nr.: 32 95 01-751

Redaktion:

Barbara Müller

Christiane Treeck

c-tree@gmx.net

Aboverwaltung:

Ewald Seiler

Rahel-Varnhagen-Str. 15

79100 Freiburg

fijate@web.de

Jahres-Abo: 55.- •

Auslands-Abo: 60.- •

E-Mail-Abo: 50.- •

Erscheinungsweise 14-täglich.

Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht.

www.guatemala.de/fijate

Abrupte Wechsel im Innenministerium

Der neue Innenminister: Francisco Jiménez Irungaray

Fünf Tage nach der Tragödie, bei der Innenminister Vinicio Gómez und sein Stellvertreter Edgar Hernández sowie die zwei Piloten des verunglückten Hubschraubers ums Leben kamen, gab Präsident Álvaro Colom die Namen derjenigen bekannt, die die Posten nun übernehmen werden: Es sind dies Francisco José Jiménez Irungaray als Innenminister und Emilio Arnoldo Villagrán Campos als Vizeminister.

Jiménez fungierte als Berater bei dem Entwurf und der Implementierung der *Generaldirektion des Zivilen Geheimdienstes* (DIGICI), die er seit 2007 bis dato geleitet hat. Zwischen 2000 und 2004 war er beim *Sekretariat für Strategische Analysen* (SAE) tätig als Direktor der Analyseabteilung, als Sonderberater und schliesslich als Leiter des *Sekretariats*, bevor er im *Beratungsrat für Sicherheitsfragen* (CAS) Fachsekretär war.

Jiménez' Berufung zum Innenminister ist von der Zivilgesellschaft wohlwollend aufgenommen worden. So kommentiert der Sicherheitsexperte und Politanalyst Sandino Asturias vom *Studienzentrum von Guatemala* (CEG): "Die Ernennung von Francisco Jiménez bedeutet, dass einige positive Prozesse, die Vinicio Gomez in den Stiel gestossen hat, weitergeführt werden. Wir betrachten das als etwas deutlich Positives." Gemäss dem Analysten wird innerhalb der Regierung ein Machtkampf geführt um die Kontrolle des Sicherheitsbereichs. "Die Gruppe von (Carlos) Quintanilla dominiert einen guten Teil der Sicherheitsthemen. Es herrscht ein Disput zwischen dieser Gruppe und denjenigen, die sich ihm wegen gewisser Kontrollfunktionen und Geschäfte widersetzen." Nach Meinung von Asturias gibt es Machtgruppen, die bereits gegen die Ernennung von Vinicio Gómez waren und die jetzt ihren Nutzen aus dem Tod von Gómez ziehen könnten. Dabei unterlässt es Asturias beflissentlich explizit Quintanilla hinter diesen Interessen zu nennen. Unabhängig davon ist von Francisco Jiménez die Fortdauer der eingeschlagenen Richtung von Gómez zu erwarten und somit die Neutralisierung jeglichen "Schachzuges" seitens jener Gruppierungen.

Ähnlich sieht es Edgar Gutiérrez, ebenfalls ehemaliger Leiter des *Sekretariats für Strategische Analysen* (SAE): "Die Berufung von Francisco [Jiménez] entspricht keiner der traditionellen Interessensgruppen oder Gruppen, die dem Präsidentensitz den Hof machen.

Francisco ist ein integrierter Fachmann. Seine Stärke ist der strategische und Kriminalgeheimdienst. Seine Schwäche ist das operative Geschäft. Für ihn wird es eine Herausforderung sein, die Polizei und deren Alltäglichkeiten zu regieren." Gutierrez streicht vor allem die Erfahrung heraus, die Jiménez in der SAE im Bereich des zivilen Geheimdienstes gemacht hat: "Jiménez und das Team, das er hinter sich hat, sind der konkrete Beweis dafür, dass die Reform der SAE, die wir 2000 in Angriff genommen haben, die richtige war. Auch wenn die SAE ab 2004 zerpfückt und inzwischen völlig umgekrempelt worden ist, bleiben doch lebende Beweise dafür, dass das, was wir gemacht haben, in die richtige Richtung ging: Kapazitäten mit institutionellem Instinkt auszubilden, die sowohl der Rechtmässigkeit als auch dem demokratischen Geist treu sind.

Der neue Vizeinnenminister: Emilio Arnoldo Villagrán Campos

Die Berufung von Emilio Arnoldo Villagrán Campos für die Ersetzung von Edgar Hernández Umaña als Vizeinnenminister wird durchaus als Überraschung bezeichnet. Villagrán war militantes Mitglied einer der Guerilla-Kader der *Nationalen Revolutionären Einheit Guatemalas* (URNG) während des internen bewaffneten Konflikts. Anschliessend arbeitete er als Politanalyst im inzwischen aufgelösten *Institut für Politische, Wirtschaftliche und soziale Studien* (IPES). - IPES wurde Ende der 90er Jahre von dem ehemaligen Guerilla-Anführer Arnoldo Noriega (2002 verurteilt zu zunächst 20, schliesslich zu acht Jahren Haft wegen sexuellen Missbrauchs an seiner Adoptivtochter) gegründet als Analyse-Institut, aber auch zur Unterstützung der URNG-RepräsentantInnen vor der Begleitkommission zur Verhandlung der Friedensverträge. Zeitweilig galt das IPES als Denkfabrik der Linken, scheiterte jedoch schliesslich als Noriega verurteilt wurde, aber auch wegen Streitigkeiten innerhalb der URNG. Schliesslich startete Enrique Álvarez, ehemaliger Mitarbeiter von Noriega im IPES und bis dieser Tage Mitglied im *Beratungsrat für Sicherheitsfragen* (CAS), gemeinsam mit Otto Zeissig, der unter der Regierung Berger stellvertretender Sekretär der SAE war, den Versuch mit dem täglichen Analyse- und Nachrichtendienst *Incidencia Democrática* (IDEM), für den auch Villagrán tätig war. Ausserdem war Villagrán beteiligt an der Formulierung der Verteidigungspolitik und dem Weissbuch von Guatemala, der Militärdoktrin sowie dem

Verteidigungsgesetz und der Verteidigungspolitik als Staatspolitik. Gleichwohl ist er wenig bekannt. Allein Carmen Rosa de León Escribano, Direktorin des *Instituts für die Erziehung für eine nachhaltige Entwicklung* (IEPA-DES) und des CAS äussert sich zu Villagráns Ernennung: "Emilio war eine Überraschung. Wir kennen ihn mehr im Zusammenhang mit dem Thema der Verteidigung als in Sachen Innerer Sicherheit. Wir sehen seine Berufung nicht ungern, aber sie erscheint uns doch etwas verwunderlich."

Erste Amtsvorgänge

Zwei Tage nach der Vereidigung auf seinen neuen Posten kündigte Innenminister Jiménez eine Reihe von Entlassungen von Funktionären in seinem Ressort und die Neubesetzung der Stellen an. Darunter befinden sich der Berater in Sachen Geiselnahmen, Alfredo Ruano, der Vizeminister, der zuständig ist für die Kommunale Unterstützung, Raúl Arandi Ramírez, sowie der Sprecher des Ministeriums, Ricardo Gatica Trejo. Carlos Ovidio Rodas, Vizeminister zur Unterstützung des Justizsektors und Mitglied des Kreises vom verstorbenen Minister Gómez, bleibt im Amt.

Die Entlassung von Ruano und Arnadi ist insofern bedeutsam, als dass beide zum Kreise des *Sekretärs für Verwaltungs- und Sicherheitsangelegenheiten* (SAAS), Carlos Quintanilla, gehören und von diesem empfohlen worden sind. Diesem wiederum wird ein unsachgemässer Einfluss auf die Besetzung von Posten im Bereich Innere Sicherheit nachgesagt.

Oberstleutnant Gilberto Alfredo Ruano Tejada wurde als Nachfolger von Victor Rivera ernannt, der wenige Tage nach Bekanntgabe seiner Entlassung aus dem Staatsdienst ermordet wurde, wobei diese Entscheidung in ihrem Moment bereits sehr kontrovers diskutiert und vor allem von Menschenrechtsorganisationen kritisiert wurde (¡Fijáte! 408). Ruano war von 1988 bis 1994 Spezialist im ehemaligen *Präsidialen Generalstab* (EMP) unter den militärischen Geheimdienstchefs Edgar Godoy Gaitán, Francisco Ortega Menaldo und Otto Pérez Molina. Ausserdem ist Ruano Verwalter und rechtlicher Vertreter zweier Sicherheitsfirmen, die unter anderem für bekannte und mächtige Unternehmen wie *Cementos Progreso* tätig sind. Diese Firma führt seit einiger Zeit heftige Auseinandersetzungen mit den EinwohnerInnen von San Juan Sacatepéquez,

Fortsetzung auf S. 4

Fortsetzung von S. 3

Ein neues PARLACEN-Kapitel

die sich der Inbetriebnahme einer Zementfabrik von *Cementos Progreso* widersetzt. (¡Fijáte! 413) Marco Tulio Arévalo Arévalo, der Arandi Ramírez ersetzt wird, und Ariel Godínez als Ersatz von Ruano, gehörten im Gegensatz zu ihren Vorgängern nicht zu Quintanillas Leuten, sondern arbeiteten in der SAE unter Edgar Gutiérrez, genauso wie der jetzige Innenminister Jiménez, der Gutiérrez SAE-Leitungsposten übernahm, als dieser unter Alfonso Portillo zum Außenminister ernannt wurde.

Nach der Absetzung von Ruano und Arandi bleibt nun abzuwarten, ob dies tatsächlich zu einer Schwächung der Macht von Quintanilla führt. Ohne Zweifel bleibt die Frage, wie dieser auf die von Jiménez durchgesetzten Veränderungen antworten wird und bis zu welchem Punkt er als politischer Akteur mit einem nicht zu unterschätzenden Einfluss auf die Exekutive neutralisiert wird. Und es geht noch weiter: Es hängt die Idee in der Luft, dass es noch mehr Wechsel geben wird, vor allem von Figuren in seiner Nähe.

Die Macht des Carlos Quintanilla

Die *Myrna Mack-Stiftung* stellt fest, dass "Carlos Quintanilla, Sicherheitsunternehmer und aktueller Leiter des *Sekretariats für Verwaltungs- und Sicherheitsangelegenheiten der Präsidentschaft der Republik* (SAAS) dazu neigt, die Machtchase der aktuellen Administration in Sachen Sicherheit zu sein." Seit Álvaro Coloms Amtsantritt wurde das Einmischen von Quintanilla in Themen der Sicherheit in Frage gestellt, die dem Innenministerium oder dem der Verteidigung obliegen. Er ist einer von Coloms Financiers der Wahlkampagne und als Leiter der SAAS zuständig für die Verwaltung der *Casa Presidencial*, die Reisen des Präsidenten sowie für die 700 AgentInnen der SAAS und die 400 der Präsidentengarde.

Quintanilla wird eine massgebliche Rolle zugeschrieben in der fragwürdigen Berufung von Militärs im staatlichen Sicherheitssektor. So forderte er die Entlassung von Víctor Rivera als Berater des Innenministeriums für Geiselnahmen und die Ernennung von Alfredo Ruano Tejada als dessen Nachfolger, er setzte Gustavo Solano auf den Chefessel der SAE und hiewte seinen Freund und Sozium Édgar Hernández auf den Posten des Vizeinnenministers, der bei dem Hubschrauberunglück neben Vinicio Gómez ums Leben kam, sowie Marco Tulio García Franco auf den Posten des Verteidigungsministers und als Finanzdirektor des Militärs protegierte Quintanilla Luis Ronaldo Cámara.

Guatemala, 20. Juli. Zwei Vorfälle haben in der letzten Zeit dazu geführt, dass der Mord an den drei salvadorianischen Abgeordneten des *Zentralamerikanischen Parlaments* (PARLACEN) und ihrem Chauffeur am 19. Februar 2007 sowie der anschließende Mord an den vier des genannten Mehrfachmordes verdächtigen Polizeibeamten im Hochsicherheitsgefängnis El Boquerón jetzt wieder in die Schlagzeilen geraten sind. Am 14. Juli wurde Juan Carlos Martínez Gutiérrez von Unbekannten auf seinem Weg zur Arbeit in den frühen Morgenstunden erschossen. Martínez war Assistent der Staatsanwaltschaft und mit mehreren Ermittlungen von Fällen betraut, die sich um den PARLACEN-Mord zusammengefügt haben: der Mord an Regierungsberater Víctor Rivera im April dieses Jahres, der Fall des Gemeinderates von Jutiapa, der den im Zusammenhang mit dem PARLACEN-Fall gesuchten ehemaligen Kongressabgeordneten "Manolito" Castillo rechtswidrig und geheim ins Bürgermeisteramt gesetzt hat, und ausserdem verfolgte Martínez den Fall der Jugendbandenmitglieder, die des Mordes an den wegen des PARLACEN-Mordes inhaftierten Polizeibeamten angeklagt worden waren.

Das zweite Ereignis war die Übergabe von Videos und Aufnahmen an die Staatsanwaltschaft durch Enrique Castillo Medrano, Bruder des erwähnten "Manolito", einen Tag nach dem Mord an Martínez. Dieses Material beinhaltet angeblich Beweise hinsichtlich der Beteiligung einiger verdächtiger Personen an dem Mord im Februar 2007.

Die Ermordung von Martínez reiht sich in eine Serie von Morden an Personen, die in die PARLACEN-Ermittlungen involviert waren. Erst dem an Víctor Rivera und Ende Juni an den Brüdern José Luis und Henry Danilo Benítez Barrios. Diese beiden gehörten vor einiger Zeit zu einem Spezialeinheit der *Nationalen Zivilpolizei* (PNC), jetzt arbeiteten sie für die US-amerikanische Drogenbehörde DEA. Im März 2007 überlebten sie ein Attentat, als sie sich wie im Moment ihres Mordes gemeinsam im Auto befanden, dieses Mal wurden sie an einer Tankstelle in der Hauptstadt unter tödlichen Beschuss genommen.

Bevor die Brüder Benítez Barrios von der DEA rekrutiert wurden, war von ihnen im letzten Jahr das erste Mal öffentlich die Rede wegen ihrer finsternen Rolle, die sie in der PNC gespielt haben. Unter anderem waren die beiden identifiziert worden, die als ehrenamtliche Berater in Sachen Geheimdienst und Geespionage seit August 2006 vom da-

maligen Polizeichefs Erwin Sperisen engagiert worden waren, als sie, ohne Mitglieder der PNC zu sein, verumumt und schwerstbewaffnet bei dem Sturm auf das Gefängnis Pavón im September 2006 teilnahmen, bei dem sieben mutmassliche kolumbianische Schwerverbrecher getötet worden waren. Der ¡Fijáte! berichtete. Und das Menschenrechtsprokurat stellte anschliessend fest, dass es zu Menschenrechtsverletzungen und aussergerichtlichen Hinrichtungen gekommen sei. Nach Zeugenaussagen seien diese von den Brüdern durchgeführt worden. Zwei Tage nach Veröffentlichung dieser Ermittlungsergebnisse durch die Tageszeitung *el Periódico* kam es zu dem ersten Mordversuch an den Brüdern. Nichtsdestotrotz waren José Luis und Henry Danilo Benítez Barrios beteiligt an den Ermittlungen im Mord an den PARLACEN-Abgeordneten.

Juan Carlos Martínez Gutiérrez hatte sich an jenem Montagmorgen deutlich früher als gewöhnlich auf den Weg von seinem Wohnort El Guayabo, Oratorio, Santa Rosa, in die Hauptstadt gemacht. ZeugInnen sagen aus, dass sie am Tag zuvor das Auto, das von den sechs Unbekannten gefahren wurde, als sie Martínez erschossen, gesehen hätten, wie es um dessen Wohnhaus herumgefahren sei. Es liegt die Vermutung nahe, dass es sich um Auftragsmörder handelte.

Der Assistent der Staatsanwaltschaft war auf dem Weg zu einem Treffen mit seinem Chef, dem Staatsanwalt für Tötungsdelikte, Álvaro Matus, um über den Freispruch der 13 Bandenmitglieder zu sprechen, die angeklagt waren, die vier Kriminalpolizeibeamten im Gefängnis El Boquerón am 25. Februar 2007 getötet zu haben. Eine Hypothese lautete, die vier seien bei einem Aufstand im Gefängnis umgebracht worden. Die Bandenmitglieder wurden am vergangenen 10. Mai freigesprochen, da das Gericht die vorgelegten Beweise für unzureichend erachtete, um die Taten den Angeklagten nachzuweisen.

Dieses Urteil war insofern bedeutsam, als diese offizielle Version der Vorkommnisse von Anfang an in Frage gestellt worden war. Während die Gefängnisautoritäten behaupteten, die inhaftierten Bandenmitglieder hätten den Aufstand organisiert aus Angst vor Sozialer Säuberung im Inneren der Haftanstalt, versicherten Inhaftierte und Familienangehörige, die zu Besuch waren, dass die Wärter sie kurz vor Ende der Besuchszeit hinausschafften mit dem Argument, dass eine Routinedurchsu-

Fortsetzung auf S. 5

Fortsetzung von S. 4

chung stattfände. Kurz darauf hörte man Schüsse im Inneren des Knastes. Zeugnissen bestätigten ein Fahrzeug mit verummten Personen hineinfahren gesehen zu haben.

Seit zwei Monaten hat Martínez Drohungen erhalten wegen seiner Ermittlungen im Fall der Mitglieder des Gemeinderates von Jutiapa. Somit tendiert die Staatsanwaltschaft derzeit zu ihren Hypothesen in diese Richtung.

Angesichts der Tatsache, dass alle vier Ermordeten an den Untersuchungen des PARLACEN-Falls beteiligt waren, vermutet Iduvina Hernández, Direktorin der Menschenrechtsorganisation *Sicherheit in Demokratie* (SEDEM) gegenüber *Inforpress*: "Es wird eine Säuberung des Terrains um die Personen herum durchgeführt, die tatsächlich verantwortlich sind für den Mord an den Abgeordneten. Dabei kann man die An-

wendung eines Musters zur Garantie der Straflosigkeit erkennen, das bekannt ist von den Morden an hochrangigen MenschenrechtsaktivistInnen."

Unter dem vermeintlichen Beweismaterial befindet sich unter anderem ein Video, auf dem der ehemalige stellvertretende Polizeidirektor Javier Figueroa, der seit kurz nach dem PARLACEN-Fall flüchtig ist, und der ehemalige Direktor der Kriminalpolizei DINC, Víctor Soto, zu sehen sind, wie sie mit einem Polizeiamtensprecher, der nur mit dem Nachnamen Virula identifiziert wird. Die drei reden über einen mutmasslichen Drogen-"tumba" (Drogenraub) und die Demonstration des Fahrzeuges, in dem die vier Salvadorianer zum Tatzeitpunkt unterwegs waren.

In einer anderen Audioaufnahme stellt Figueroa die Kommunikation in Frage, die sein telefonischer Gesprächspartner mit López Arreaga gehabt habe, einem der vier inhaftierten und schlies-

slich ermordeten DINC-Agenten. Ein weiteres Video wirft den Verdacht auf, dass die USA in irgendeiner Form in den Fall verwickelt ist. Es zeigt Raymond Campos von der Antidrogenabteilung (NAS) der US-amerikanischen Botschaft, den im Juni ermordeten José Luis Benitez und Fernando Papini, einen Angestellten der salvadorianischen Botschaft in Guatemala.

In Anbetracht des Materials ist der Politanalyst Edgar Gutiérrez der Ansicht: "Über alle Spekulationen hinaus ist es gesichert, dass das, was Castillo Medrano vorlegt, die höchsten Autoritäten der Regierung unter Führung des ehemaligen Innenministers Carlos Vielmann bis Februar 2007 mit hineinzieht. Verwickelt sind auch externe Agenten und halb-wichtige Funktionäre des Innenressorts. Das bedeutet, dass Minister Francisco Jiménez viele Dinge in seinem Amt überprüfen muss, um sich aus der Trance zu befreien, in der das Ressort steckt."

Der Regen hält an und sorgt für Zerstörung

Guatemala, 27. Juli. Genaue Zahlen über Tote und Vermisste, sowie beschädigte und auch völlig zerstörte Wohnhäuser gibt es noch nicht, doch sind mehr als die Hälfte aller Departements stark betroffen von den anhaltenden und starken Regenfällen, die seit Ende Mai an der Tagesordnung sind (¡Fijáte! 411). Zahlreiche Flüsse sind über die Ufer getreten und haben Dutzende von Wohnhäusern, Brücken und Personen mit sich gerissen. Viele Berg-hänge sind inzwischen vollgesogen mit Wasser, so dass die Gefahr von Erd-rutschen gross ist. Hunderte von Dörfern sind abgeschnitten von jeglicher Versorgung und Kommunikation. Nicht in-stand gehaltene Dränagen und der bei-nahe unkontrollierte Holzschlag führen zur Risikoerhöhung, nicht zu reden von allein in der Hauptstadt 150 von 450 An-siedlungen in gefährdeten Gebieten. So sind auf der zentralen Müllhalde in der hauptstädtischen Zone 3 innerhalb von 35 Tagen bei zwei Erdbeben 10 Men-schen getötet worden, 27 gelten noch als vermisst.

Die staatliche *Koordinationsstelle zur Katastrophenvorsorge* (CON-RED) kommt kaum mit den Aufräumar-beiten auf verschütteten Strassen hin-terher. Zudem wurden just jetzt rund 80% der laufenden Strassenbauarbeiten ge-stoppt, da das zuständige Strassenbau-amt COVIAL tief in Schulden gegenüber unter Vertrag genommenen Firmen steckt.

Gerade hat das Erziehungsministe-rium bekannt gegeben, dass der Winter die prekäre Situation von mindestens

161 Schulgebäuden zugespitzt hat, die dringend einer Reparatur bedürfen. An anderen Orten dienen die Schulen wie während des Tropensturms Stan im Ok-tober 2005 als Notunterkünfte für eva-kuierte Familien und Personen. Bereits seit Juni wird es den Lehrenden über-lassen, an Ort und Stelle zu entschei-den, ob der Unterricht stattfindet oder nicht.

Präsident Colom hat zwar die gelbe Alarmstufe ausgerufen, die zum einen eine erhöhte Aufmerksamkeit der Auto-ritäten zusichern, zum anderen durch

Aufhebung von normalerweise gelten-den Ausschreibungsverpflichtungen von staatlichen Baumassnahmen, den Wiederaufbau beschleunigen soll. Doch laut entsprechender Nachrichten in der Presse warten die meisten Betroffenen trotz gross angekündigter Hilfe zum Teil bereits wochenlang auf Unterstützung.

Die derzeit gemessenen Wassermassen wurden in den letzten Jahren eher im September registriert.

Und im Moment ist nicht abzusehen, bis wann die Regenzeit in dieser Form anhalten wird.

Militärarchive blockiert

Guatemala, 25. Juli. Die Furcht ei-niger Militärs habe den Deklassifizie-rungsprozess der Militärarchive zur Be-weisaufnahme bezüglich der während des internen bewaffneten Konflikts be-gangenen Menschenrechtsverletzun-gen lahmgelegt, informierte der zustän-dige Friedenssekretär Orlando Blanco. Man habe rund 300 Meter aneinander-gereihte Dokumente gefunden, die der-zeit in einer Militäreinrichtung gelagert sind. Doch noch kenne man ihren Inhalt nicht, da einige Militärs immer wieder mit mangelnder Terminkoordination argu-mentieren, um den zugeteilten Arbeits-teams des *Friedenssekretariats* (SE-PAZ) den Zutritt zu verwehren. "Auch wenn sie es nicht offen zugeben, herrscht doch eine gewissen Opposition von einigen Militärs, die Angst ha-ben, dass die in den Akten befindlichen Informationen bekannt würden", so

Blanco. Die Deklassifizierung der Archi-ve wurde am 25. Februar von Präsident Colom angeordnet. Deren Veröffentli-chung soll der Wahrheitsfindung dienen. Blanco erwartet zwar, dass viele wesent-liche Dokumente bereits zerstört wur-den, gleichwohl könne das Militär mit-tels der Archive selbst sein Image säu-bern. Die Befugnis der Bekanntgabe des Archivinhalts läge derweil beim Präsi-denten, dem Generalkommandanten der Armee. "Wir machen nur die technische und analytische Arbeit und übergeben ihm dann unseren Bericht", erklärt Blan-co. Die LeiterInnen von Menschen-rechtsorganisationen sind der Ansicht, dass die Militärarchive "wertvolle Infor-mation" beinhalten, um die "Kriegslogik" zu verstehen und die Argumente der Armee zu erfahren, Tausende von Personen während des Konfliktes ver-nichtet zu haben.

¡Híjole...! Die monatliche Kolumne von Fernando Suazo

Wem nützt die ganze Scheinheiligkeit?

Die Meinungsmacher im Dienste der Korporationen und der lokalen Oligarchie geben sich sehr besorgt über den hartnäckigen Widerstand von immer mehr indigenen Gemeinden gegen die "Entwicklungsvorschläge", die ihnen vom Norden oder von mächtigen lokalen Unternehmen gemacht werden. Derweil die "sozialdemokratische" Regierung von Álvaro Colom (so wie der Wolf im Märchen vom Rotkäppchen) nicht länger ihre Stosszähne verbergen kann: Sie zögert nicht, Repression anzuwenden und tausende von PolizistInnen und Soldaten in die Dörfer zu schicken, wenn sich die Bevölkerung den Interessen des lokalen oder transnationalen Kapitals entgegenstellt.

So geschehen in San Juan Sacatepéquez. Die dortigen Gemeinden sind von einer sich im Bau befindenden Zementfabrik betroffen. Um sich gegen das Vorhaben des Monopolisten im Zementsektor, *Cemento Progreso*, zu wehren, griffen sie auf ihr im Gemeindegesetz verankertes Recht zurück und führten Volksabstimmungen durch. Obwohl die Mehrheit der BürgerInnen gegen die Zementfabrik stimmte, machte die Regierung gemeinsame Sache mit dem Unternehmen, das mit dem Bau der Installationen weiterfuhr. Um die vom Volk ausgedrückte Unzufriedenheit zu unterdrücken, schickte die Regierung dreitausend PolizistInnen und Militärangehörige und verhängte den Notstand. Damit wurden einige BürgerInnenrechte eingeschränkt, unter anderem das Versammlungs- und Demonstrationsrecht. Bevor der Notstand in Kraft trat, wurden auf illegale Weise 43 Personen festgenommen, die nichts anderes taten als ihre Unzufriedenheit über das Zementwerk auszudrücken.

In Guatemala ist die Liste der Übergriffe lang, die im Namen einer eigentümlichen Weise, den Fortschritt zu verstehen, begangen werden. Fortschritt heisst zum Beispiel, dass die Unternehmen ungefähr 99% des Gewinns abführen und den Gemeinden und der Bevölkerung gravierende ökologische und kulturelle und manchmal auch gesundheitliche Schäden zurücklassen. Im Gegenzug offerieren sie im besten Fall ein paar Monate lang eine schlecht bezahlte Arbeit unter erniedrigenden Bedingungen.

Neben Nachrichten dieser Art beschäftigte sich die guatemaltekeische

Presse in diesem Monat mit der Ablehnung der von der Europäischen Union dekretierten Richtlinie für die Abschiebung von MigrantInnen. Die MeinungsmacherInnen kritisierten den Rassismus der europäischen Regierungen und warfen ihnen mangelndes Erinnerungsvermögen vor, da sie offenbar die Zeiten vergessen haben, als die EuropäerInnen aus unterschiedlichen Interessen oder Gründen nach Lateinamerika auswanderten, angefangen bei den Geschäftemachern der Eroberung bis zu den Flüchtlingen, die im letzten Jahrhundert durch die politische Situation aus ihren Herkunftsländern vertrieben wurden. Sie alle wurden herzlich aufgenommen, waren in Lateinamerika erfolgreich und viele von ihnen wurden hier mächtige Unternehmer.

Europa wird zu Recht Rassismus und mangelndes Erinnerungsvermögen vorgeworfen. Gleichzeitig werden hierzulande aber der Rassismus gegenüber der indigenen Bevölkerung und ihr Wunsch nach Erinnerung ignoriert. Welche guatemaltekeische Regierungsinstitution ist frei von Rassismus? Waren es nicht die indigenen Gemeinden, die auf ihren Schultern jegliche Güter des Exportes getragen haben, und zwar seit Guatemala existiert? Was ist mit dieser Erinnerung geschehen?

Ich freue mich über die Einstimmigkeit (für ein Mal) der lateinamerikanischen Staatschefs bezüglich der Ablehnung der Richtlinie für die Abschiebung von MigrantInnen. Ich applaudiere den schneidenden Antworten eines Hugo Chávez, der eine "Abschieberichtlinie für europäische Investitionen" vorschlug, oder eines Rafael Correa, der sich überlegt, den Dialog mit Europa abubrechen, denn es sei "nicht möglich, immer nur von Geschäften zu sprechen und in Sachen Menschenrechte beide Augen zuzudrücken".

Doch ich bin sprachlos gegenüber der Scheinheiligkeit der guatemaltekeischen Regierung, wenn es darum geht, die Campesino-Gemeinden und ihre Führungspersonen als Delinquenten zu behandeln, oder darum, die nationalen Ressourcen, die Menschenrechte oder unsere Umwelt gegenüber nationalen oder ausländischen Plünderern zu "verteidigen".

Es hiess in den Medien, die guatemaltekeische Armee sei in Friedenszeiten

ohne definierte Aufgabe. Der Militäranalyst Pedro Trujillo sagte, dass "niemand, nicht einmal der Präsident, der Armee sagen kann, was sie zu tun hat". Aber vorläufig dient sie noch dazu, die BäuerInnen zu bekämpfen, die ihr Land und ihre Lebensgrundlage gegen die nationalen und ausländischen Invasoren verteidigen.

Zweifelloos heisst es in der guatemaltekeischen Verfassung, dass das Militär eine Institution sei, deren Aufgabe es ist, die Unabhängigkeit, die Souveränität und die Ehre Guatemalas zu verteidigen, ebenso die Integrität des Territoriums, den Frieden sowie die innere und äussere Sicherheit (Artikel 244).

Apropos nationale Unabhängigkeit: Weshalb setzen sich die USA auf unser Land und mischen sich in unsere Angelegenheiten? Was haben wir davon, sind sie doch die grössten DrogenkonsumentInnen des Planeten? Weshalb beschäftigen sie sich nicht mit der Drogenkontrolle in ihrem Land?

Apropos Souveränität: Gilt sie nicht, wenn es um Ernährung geht? Wer kontrolliert die Korporationen, die uns ihr Saatgut, ihren chemischen Dünger und ihre Landwirtschaftspolitik aufdrängen? Weshalb befragt man die guatemaltekeische Bevölkerung nicht zu ihrer Meinung, wenn es darum geht, entweder Autos mit Biosprit oder Leute mit Tortillas zu ernähren?

Und apropos territoriale Integrität: Sind die Schätze unseres Bodens nicht Teil des nationalen Territoriums? Und unsere Biodiversität? Und unsere Wasservorkommen?

Diejenigen, welche die Unabhängigkeit, die Souveränität, die Ehre und die territoriale Integrität verteidigen, was genau verteidigen sie? Oder sitzen sie einfach da und betrachten das Meer, so wie in vergangenen Jahrhunderten auf der Burg San Felipe, von wo aus man den Piraten aus der Karibik den Durchgang verweigern wollte? Sind nicht die transnationalen Unternehmen so etwas wie die neuen Piraten, die unsere Schätze ausbeuten wollen? Sind die imperialen Drohungen tatsächlich mit der Unabhängigkeitserklärung von Spanien im 19. Jahrhundert verschwunden?

Wem nützt diese ganze Scheinheiligkeit?